

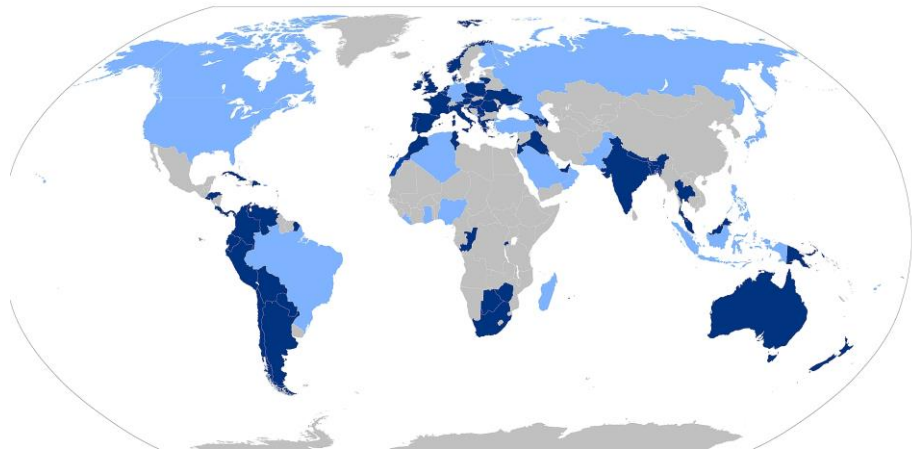
Ohnmacht und Macht der Politik.

Naturkatastrophen führen dem Menschen auf denkbar eindringliche Weise zuerst einmal seine Ohnmacht vor Augen. So auch das pandemische Virus. Es treibt die Politik vor sich her. Mit rasender Schnelligkeit breitet es sich aus und sucht sich seine Opfer, allen Anstrengungen, es aufzuhalten, so scheint es, zum Hohn. Die

Politik antwortet: Die Menschen werden in ihre eigenen vier Wände verwiesen, das Wirtschaftsleben des Landes wird zu einem guten Teil stillgestellt, Milliardenbudgets werden über Nacht beschlossen. Innerhalb von Tagen versetzt die Politik die Gesellschaft in einen anderen Aggregatzustand – auch das eine Demonstration von Macht, die freilich die Ohnmacht nicht vergessen lässt.

Aber ist es denn die Politik? Exekutiert die Politik nicht nur, was die Virologen und die Epidemiologen ihr empfehlen? Solange die Zahl der Infizierten, vor allem aber die Zahl der Toten steigt und steigt, scheint es für die Politik tatsächlich keine Entscheidungsspielräume zu geben. Todesstatistiken setzen sie unter einen unwiderstehlichen Druck. Sie folgt bereitwillig denen, deren medizinischem Sachverstand sie vertrauen muss.

Und doch: Auch in dieser ersten Phase kann die Politik nicht einfach zugunsten des Sachverstandes abdanken. Von Milliarden war die Rede, die von heute auf morgen durch die Aufnahme von Krediten verfügbar gemacht werden müssen. Wie viele Milliarden sollen es sein? Für welche Zwecke sind sie bestimmt? Wie werden sie verteilt? Und sind diese Fragen beantwortet, wird es sehr bald notwendig abzuwägen: Wie lange erträgt ein Land, dass seine Wirtschaft nur noch mit stark gedrosseltem Motor läuft? Wie viele Arbeitslose, wie viele ruinierte Existenzen darf, muss man in Kauf nehmen, um wie viele vom Virus tödlich Bedrohte zu retten? Diese Frage mag einen zynischen Beiklang haben, aber die Politik muss sie stellen und muss sie auch beantworten. Und schließlich: Wie sieht eine vernunftgeleitete Vorsorge für den nächsten Katastrophenfall aus, eine Vorsorge, die Lehren aus dem Erlebten zieht und doch nicht alles der Angst vor dieser nächsten Katastrophe unterordnet? Expertenwissen allein kann die vielen Fragen, die sich auf dem Weg durch die Krise und vor allem auf dem Weg aus der Krise herausstellen, nicht beantworten.



Übersicht der Ausgangsbeschränkungen (Stand: 13. April 2020)

- Nationenweit beschlossene Ausgangsbeschränkungen
- Dezentral bzw. regional beschlossene Ausgangsbeschränkungen
- Keine Ausgangsbeschränkungen

Wikimedia Commons (CC0)

Spätestens hier ist daran zu erinnern, dass Politik nicht gleich Politik ist. Demokratien müssen anders als Diktaturen abwägen, sie sind an Regeln gebunden und auf Zustimmung angewiesen. Was Zustimmung findet und was nicht, hängt oft von kulturellen Prägungen ab, und die können von Demokratie zu Demokratie sehr unterschiedlich sein. Südkorea akzeptiert, dass individuelle Bewegungsprofile von Infizierten erfasst und öffentlich verwertet werden, Deutschland nicht. Die kritischste Frage an die Handlungsmacht der auf Zustimmung angewiesenen Demokratie ist wohl die, wieviel Bereitschaft zur Solidarität sie in ihren Entscheidungen voraussetzen kann; Solidarität beispielsweise zwischen den stärker und den weniger stark betroffenen Mitgliedsstaaten der EU; Solidarität, wahrscheinlich noch heikler, zwischen denen, die ihr Einkommen verlässlich auch in der Krise weiterbezahlen und denen, denen die Krise ihr Einkommen nimmt.

Der Bürger – das ist die politische Quintessenz einer existentiellen Krise – erfährt die Politik wie nie sonst als mächtig und ohnmächtig zugleich. Und er erfährt, wie sehr Politik in einer Demokratie auf das Mit-Tun, auf die Bereitschaft, Mit-Verantwortung zu übernehmen, angewiesen ist. Wir sollten das, wenn die Normalität zurückgekehrt ist, nicht wieder vergessen.

Peter Graf Kielmansegg
Mitglied der Philosophisch-
historischen Klasse

Der Beitrag wurde für „Athene – Magazin der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1/2020“ verfasst.
© Heidelberger Akademie der Wissenschaften